

Dirk Fischer (Hamburg)

- (A) hätte im Jahr 2011 ein Programmvolumen – die Kassenmittel sind viel niedriger – von nur noch 305 Millionen Euro zur Verfügung gestanden. Diese drastische Reduzierung wäre dem Erfolgsmodell der Städtebauförderung nicht gerecht geworden. Seit Beginn der Städtebauförderung vor bald 40 Jahren konnten mit Bundesmitteln von rund 13,5 Milliarden Euro weit über 6 000 Maßnahmen gefördert werden – ein Segen für das Erscheinungsbild unserer Dörfer, unserer kleinen und mittelgroßen Städte und unserer Großstädte. Nicht zu vergessen sind auch die positiven Effekte auf die kommunalen Investitionen und den lokalen Arbeitsmarkt.

Angesichts des Programmolumens von 455 Millionen Euro müssen wir uns immer den Faktor acht vor Augen halten: Jeder Euro Fördermittel löst nämlich öffentliche und private Investitionen von bis zu 8 Euro aus. Die Erhöhung um 150 Millionen Euro kann somit zu Investitionen von 1,2 Milliarden Euro führen. Das ist ein großer Effekt.

Außerdem bleibt für die ostdeutschen Städte die Planungs- und Finanzierungssicherheit durch die Fortführung des Schwerpunktprogramms „Stadtumbau Ost“ im Hinblick auf die strukturell notwendigen Veränderungen gegeben.

Für diejenigen, die **Wohnungseigentum** erwerben wollen, gibt es ebenfalls eine gute Nachricht: Die Wohnungsbauprämie bleibt in voller Höhe erhalten. Das ist ein entscheidendes gesellschaftspolitisches Signal und zusätzlich zur Eigenheimrente ein wichtiger Beitrag zur Alterssicherung der Menschen in unserem Lande.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Die Heizkostenpauschale beim Wohngeld wird es allerdings nicht mehr geben. Mit dieser Sparmaßnahme kehren wir zur alten Struktur der Wohngeldberechnung zurück. Das ist vertretbar, da die Heizkosten 2009 um durchschnittlich 14 Prozent gesunken sind.

(Florian Pronold [SPD]: So ein Quatsch! – Daniela Wagner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das glaube ich nicht!)

Die allgemeine Wohngelderhöhung von 2009 bleibt jedoch unangetastet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss sage ich: Wer sparen will, kommt an schmerzlichen Maßnahmen nicht vorbei. Von nun an muss der Haushalt in jedem Jahr so ausgerichtet werden, dass die neu im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse im Jahr 2016 eingehalten wird. Daran herumzuwerkeln, wäre gegenüber künftigen Generationen verantwortungslos und ist mit uns nicht zu machen. Diese Regierungskoalition jedenfalls stellt sich dieser Verpflichtung und Verantwortung. Offenbar fällt es der Opposition leicht, alles Mögliche zu versprechen, sich zu wünschen und zu erklären, als fiele das Geld vom Himmel. Wir wissen, dass wir unter anderen Rahmenbedingungen verantwortlich zu handeln haben.

Der Verkehrs- und Bauetat, als Kombination aus wichtigen Investitionsausgaben und notwendigen Sparmaßnahmen, ist alles in allem das Ergebnis eines erfolg-

reichen haushaltspolitischen Kraftaktes der Bundesregierung und der sie tragenden Fraktionen. Insbesondere danke ich unseren Haushältern für die geleistete Arbeit. Sie haben in den letzten drei Monaten wirklich hart gearbeitet. Ich bitte um Zustimmung zum Einzelplan 12.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Sören Bartol für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Sören Bartol (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das einzig Richtige, was Sie von der Koalition heute gesagt haben, ist, dass Sie die **Städtebauförderung** weniger kürzen, als Sie es vorgehabt haben. Aber das als Ihren Erfolg zu verkaufen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist eine Unverschämtheit; denn Ihr Minister Ramsauer war es doch, der die Städtebauförderung zur Disposition gestellt hat, als er die Halbierung der Mittel angekündigt hat. Dass die Kürzungen nun geringer ausfallen – es ist und bleibt eine Kürzung –, ist ein Erfolg der Verbände, der Länder und der Projektbeteiligten, die über die Sommermonate hinweg protestiert haben. Damit haben Sie wohl überhaupt nicht gerechnet.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Minister, Ihre eigenen Parteifreunde aus Bayern haben Ihnen erklären müssen, was eine Kürzung bei der Städtebauförderung bedeutet. Die Bau- und Wohnungswirtschaft sowie der Einzelhandel haben Ihnen vorge-rechnet, wie kurzfristig das ist. Jeder Euro, der in die Städtebauförderung investiert wird, zieht 8 Euro private Investitionen nach sich. Die 155 Millionen Euro, die Sie nun bei den Programmen „Stadtumbau“ und „Städtebaulicher Denkmalschutz“, bei Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen und bei dem Programm „Soziale Stadt“ sparen, sind teuer zulasten der Zukunftsfähigkeit der Städte und Gemeinden erkaufte.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Was Sie heute beschließen, ist der Tod auf Raten für die **„Soziale Stadt“**. Statt 95 gibt es nur noch 28,5 Millionen Euro. Schlimmer noch: Sie berauben die „Soziale Stadt“ ihres sozialintegrativen Ansatzes. Die wenigen verbleibenden Programmmittel sollten nur noch investiv eingesetzt werden.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Überwiegend investiv!)

Die Modellversuche, mit denen seit 2006 in „Soziale Stadt“-Gebieten Spracherwerb, Freizeit- und Bildungsangebote oder auch die lokale Ökonomie gefördert werden, sind gestrichen.

(Patrick Döring [FDP]: Die die Länder und Kommunen weiterhin finanzieren!)

Aber Städte sind mehr als Steine, Kollege Döring.

Sören Bartol

- (A) Sie sollten wissen, meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen: Investitionen in Wohnungen und Wohnumfeld sind in den Sand gesetzt, wenn der soziale Kitt im Stadtteil nicht hält; denn diejenigen, die sich aktiv an der Gestaltung eines Platzes oder Parks samt Skatebahn beteiligt haben, werden das nicht gleich wieder zerstören. Investitionen in das nachbarschaftliche Miteinander sind eben kein Sozialklimbim, sondern wesentliche Voraussetzung für eine Aufwertung von sozialen Brennpunkten und für Lebensperspektiven für die Bewohner.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

„Soziale Stadt“ ist erfolgreich. Das schreiben Sie selbst noch im Juni in Ihrer Antwort auf unsere Kleine Anfrage. Ich zitiere:

Die Unterschiede zwischen bevorzugten und benachteiligten Stadtteilen vergrößern sich. ... Grundsätzlich ist in schrumpfenden Städten mit abnehmender Einwohner- und Arbeitsplatzzahl die sozialräumliche Polarisierung deutlich ausgeprägter als in Städten mit einer anhaltend hohen und zahlungskräftigeren Nachfrage. ... Bei gleichzeitiger Aufwertungstendenz der innerstädtischen Gebiete ist eine zunehmende Konzentration von einkommensschwachen Haushalten in wenigen, oft auch peripheren Stadtteilen zu beobachten.

Und jetzt kommt es – gut zuhören! –:

- (B) Im Ergebnis auch der unabhängigen Zwischenevaluierung hat sich der integrierte Ansatz des Programms Soziale Stadt bewährt.

Das haben Sie uns auf die Kleine Anfrage geantwortet.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Da waren sie noch vernünftig!)

Warum, Herr Ramsauer, führen Sie das dann nicht fort? Denn wenn die „Soziale Stadt“ als Klammer zur Bündelung von Maßnahmen wegfällt, wenn das Quartiersmanagement als zentrale Anlaufstelle und Steuerungsinstante vor Ort fehlt, wird dieser erfolgreiche sozialraumorientierte Ansatz zunichtegemacht. Ja, das ist die originäre Verantwortung eines Bundesministers für Stadtentwicklung.

Das faktische Aus von „Sozialer Stadt“ ist ein Schlag ins Gesicht für alle, die in ihren Stadtteilen und Gemeinden Projekte initiiert und in Quartiersräten und Nachbarschaftsinitiativen mitgearbeitet haben. Sie nehmen in Kauf, dass diese Menschen ihr Engagement wegen mangelnder Unterstützung frustriert aufgeben, und zwar zum Schaden unserer gesamten Demokratie, auch der lokalen Demokratie.

„Soziale Stadt“ ist ein wesentlicher Bestandteil und ein wesentlicher Baustein im Themenfeld „Integration vor Ort“ des nationalen Integrationsplans. Gerade das

unmittelbare Lebensumfeld ist ein geeigneter Ort für (C) niedrigschwellige Beteiligungsangebote, zum Beispiel an den Schulen. Mit dem Aus für die „Soziale Stadt“ wird auch dieser Teil des nationalen Integrationsplans obsolet. Was sagt eigentlich Ihre Integrationsbeauftragte, Ministerin Böhmer, dazu?

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Das würde auch mich interessieren!)

Offenbar hat sich die FDP mit ihrer ideologisch begründeten Ablehnung einer modernen, integrierten und integrativen Stadtentwicklungspolitik in der Regierung durchgesetzt. Diese durch Ignoranz und soziale Kälte gekennzeichnete Haltung der FDP und Ihr offensichtliches Desinteresse an Stadtentwicklungspolitik, Herr Minister Ramsauer, führen zum Ende der bundespolitischen Verantwortung für den **sozialen Zusammenhalt in den Städten** und Gemeinden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die zunehmende soziale Ungleichheit in und zwischen den Städten zu verschärften sozialen und politischen Konflikten führen wird.

Nicht nur der sozialen Stadtentwicklungspolitik, sondern auch der sozialen Wohnungsbaupolitik wollen Sie sich kurzerhand entledigen. Herr Ramsauer, Ihr letztlich gescheiterter Versuch, das Wohngeld in den Haushalt des Arbeits- und Sozialministeriums zu verschieben, spricht (D) doch Bände.

Den Heizkostenzuschuss zum Wohngeld streichen Sie wieder, auch das wider besseres Wissen, Kollege Fischer. Ihre Begründung der sinkenden Energiekosten glaubt Ihnen doch niemand. Der Ölpreis ist seit dem 1. Januar 2009 um 34 Prozent gestiegen.

Der Heizkostenzuschuss ist und bleibt sinnvoll; denn wenn wieder mehr Menschen die Warmmiete nicht aufbringen können, müssen sie Arbeitslosengeld II beantragen.

Gleichzeitig streichen Sie auch noch die Mittel für die **energetische Gebäudesanierung** zusammen. Für die bisher sowohl ökologisch als auch wirtschaftlich so erfolgreichen KfW-Programme stellen Sie im Haushalt gerade einmal 435 Millionen Euro zur Verfügung. Der Kollege Kahrs hat es ja schon gesagt: Ob die weiteren 500 Millionen Euro aus dem sogenannten Energie- und Klimafonds dazukommen, steht in den Sternen. Ich erinnere nur an den Austausch der Brennelemente im Kraftwerk Biblis. Daran sieht man ja, wie die ganze Sache funktioniert.

(Johannes Kahrs [SPD]: So ist es!)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Vogelsang?

(A) **Sören Bartol** (SPD):
Ja.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:
Frau Kollegin, bitte sehr.

Stefanie Vogelsang (CDU/CSU):
Herr Kollege, ich habe die Frage, ob Sie es für sozialen Kitt halten, dass die rot-rote Landesregierung hier in Berlin immer wieder ganze 5 000 Wohneinheiten en bloc an Hedgefonds verkauft, und ob das Ihrer Meinung nach die richtige soziale Städtebaupolitik ist.

(Dr. Michael Fuchs [CDU/CSU]: Ja, so sind sie! – Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: So ein Unsinn!)

Sören Bartol (SPD):
Liebe Kollegin, hier wurde gerade zu Recht „So ein Unsinn“ hineingerufen. Ich glaube, dass gerade die rot-rote Landesregierung in Berlin vorbildlich zeigt, wie eine vernünftige Stadtentwicklungspolitik aussieht.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Lachen bei der CDU/CSU und der FDP)

– Ich kann Ihnen allen, die hier jetzt lachen, nur empfehlen: Gehen Sie doch einmal in die Quartiere hinein und schauen Sie sich „Soziale Stadt“-Projekte an. Schauen Sie sich an, was die großen Wohnungsbaugesellschaften hier in Berlin leisten, und schauen Sie, was gerade die Kollegin Senatorin Junge-Reyer geleistet hat, die es geschafft hat, im Bundesrat ein einstimmiges Votum gegen Ihre Politik zustande zu bringen, was für Ihren Minister eine schallende Ohrfeige war.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie des Abg. Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei den entscheidenden Zukunftsaufgaben lassen Sie die Städte und Gemeinden alleine. Sie verabschieden sich von einer sozial und ökologisch verantwortungsbewussten Wohnungs-, Bau- und Stadtentwicklungspolitik.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:
Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage, diesmal vom Kollegen Liebich?

Sören Bartol (SPD):
Das ist wunderbar; ich habe noch 50 Sekunden. Bitte.

Stefan Liebich (DIE LINKE):
Lieber Kollege Bartol, können Sie mir zustimmen, dass es ein gar nicht so schlechtes Zeichen für die soziale Stadtentwicklung ist, dass es in Berlin genau zwei Parteien gibt, die im Gegensatz zu allen anderen Parteien bereit sind und auch klar erklärt haben, 250 000 Wohnungen in öffentlichem Besitz zu halten?

(Beifall bei der LINKEN – Dirk Fischer [Hamburg] [CDU/CSU]: Jetzt muss er nur noch Dresden erklären!)

Sören Bartol (SPD):
Das ist wunderbar, Herr Kollege. Ich bedanke mich für diese Zwischenfrage.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN – Johannes Kahrs [SPD]: Sag Ja!)

Das ist ein sehr ernstes Thema. Liebe Kolleginnen und Kollegen, schauen Sie sich unsere Anträge an. Wir fordern Sie jetzt noch einmal auf – das gilt gerade für die Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU; bei Ihnen habe ich noch ein bisschen Hoffnung, dass Sie sich besinnen; bei der FDP ist an dieser Stelle alles verloren, glaube ich –:

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Erhalten Sie den Heizkostenzuschuss beim Wohngeld, damit es ein wirksames Instrument der sozialen Wohnungspolitik bleibt, und erhalten Sie die Programme der Städtebauförderung auf bisherigem Niveau, wie es übrigens in Ihrem Koalitionsvertrag steht. Stärken Sie die „Soziale Stadt“ besonders für Aufgaben der Integration. Es geht hier letztlich um den sozialen Frieden in unseren Städten und Gemeinden. Dazu können Sie sich bei der namentlichen Abstimmung gleich gerne richtig verhalten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:
Letzter Redner in dieser Debatte ist nun der Kollege Patrick Schnieder für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Patrick Schnieder (CDU/CSU):
Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Bundeshaushalt 2011 ist ein Wendepunkt in der Haushalts- und Finanzpolitik.

(Johannes Kahrs [SPD]: Nach unten! – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Ja, das stimmt: ein Wendepunkt zum Schlechten!)

Wir nehmen die Pflicht zur nachhaltigen Konsolidierung nach der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise in der Bundesrepublik Deutschland ernst. In diesem Haushalt findet die verfassungsrechtliche Schuldenregel zum ersten Mal Anwendung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Unsere Antwort auf diese Herausforderung ist eine doppelte: Wir sparen, und wir investieren.

(Johannes Kahrs [SPD]: Na ja! Bei den Menschen streichen Sie!)

Insbesondere im Einzelplan 12, der von besonderer konjunktur- und wachstumspolitischer Bedeutung ist – der große Anteil der Investitionen von über 40 Prozent ist